



## Stellungnahme des Liechtensteinischen Bankenverbandes ...

... zum Forumsbeitrag «Besser Bankenstabilität festigen als IWF beitreten» des Referendumskomitees «Nein zum IWF-Beitritt», publiziert im «Vaterland» am 20. August.

Der Forumsbeitrag ist Ausdruck eines leider vom Referendumskomitee auf unfundierten und nicht korrekten Argumenten geführten, emotionalisierten Abstimmungskampfes. Dies ist äusserst bedauerlich und sehr bedenklich. Offensichtlich haben die Vertreter des Referendumskomitees weder die Rolle der Schweizerischen Nationalbank (SNB) noch die Funktionsweise des Internationalen Währungsfonds (IWF) verstanden. Auch die spezifischen regulatorischen Vorgaben für die Banken in Liechtenstein scheinen ihnen nicht bekannt zu sein. Aus diesem Grund halten wir es für wichtig, die im Forumsbeitrag gemachten Äusserungen richtigzustellen.

Zwar ist korrekt, dass die SNB als Zentralbank für Liechtenstein fungiert. Allerdings beschränkt sich ihre Rolle auf die Geldpolitik und gerade nicht auf die Stabilität. Die SNB übernimmt nicht die Funktion eines «Lender of last Resort», der im Krisenfall die dringend nötige Liquidität bereitstellt. Diese wichtige Aufgabe würde aber der IWF bei einem Beitritt Liechtensteins übernehmen. Ein Nein zu einem IWF-Beitritt würde bedeuten, dass Liechtenstein im Krisenfall nach wie vor ohne schnellen Zugang zu nötiger Liquidität dastehen würde. Genau dieser Umstand ist auch der Grund, weshalb die

SNB selbst Liechtenstein ausdrücklich empfiehlt, dem IWF beizutreten – mal ganz abgesehen davon, dass die Schweiz seit 1992 Mitglied des IWF ist. Auch damals wurde die Mitgliedschaft in der Schweiz sehr emotional diskutiert. Seither ist die Mitgliedschaft und deren Vorteile aber nie mehr infrage gestellt worden.

Das Referendumskomitee erweckt in seinem Forumsbeitrag den Eindruck, dass Regierung, Aufsicht und die Banken selbst untätig sind, um die Stabilität des Bankensektors zu festigen. Das Gegenteil ist der Fall! So lässt das Referendumskomitee völlig ausser Acht, dass Liechtenstein als Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) die europäische Bankenregulierung vollständig umgesetzt hat und anwendet. Es besteht bereits heute ein umfassendes System zur Sicherung der Finanzstabilität der Banken. Demgemäss sind die Banken nicht nur verpflichtet, ihre Risiken laufend zu managen. Kleinere, für den Finanzplatz Liechtenstein nicht systemrelevante Banken werden in einem Krisenfall liquidiert. Dabei sind die Kundeneinlagen durch die sogenannte Einlagensicherung geschützt. Banken in öffentlichem Interesse, die für Liechtenstein als systemrelevant gelten – das sind die LGT, die LLB und die VP Bank – sind bereits

heute verpflichtet, Notfallpläne vorzulegen. Entgegen der ange deuteten Behauptung des Referendumskomitees erarbeiten liechtensteinische Banken also sehr wohl Notfallkonzepte. Seit Jahren sind Banken in Liechtenstein gesetzlich verpflichtet, diese Konzepte für verschiedene Krisenszenarien zu erstellen, regelmässig zu aktualisieren und durch die Finanz marktaufsicht (FMA) überprüfen zu lassen. Diese Pläne umfassen auch Massnahmen zur Sicherstellung von Eigenkapital und Liquidität.

Gestützt auf den Bericht des Bundesrates, erachtet das Referendumskomitee anstelle eines IWF-Beitritts höhere Eigenmittel- und Liquiditätsanforderungen für die hiesigen Banken als zielführender. Auch hier lässt das Komitee völlig unbeachtet, dass die liechtensteinischen Banken international gesehen zu den stabilsten und sichersten Banken gehören. Die auf EU-Vorgaben beruhenden liechtensteinischen Eigenmittel- und Liquiditätsvorgaben werden von den liechtensteinischen Banken – wohlgemerkt auf freiwilliger Basis – bereits heute übererfüllt. Europaweit weisen die liechtensteinischen Banken mit einer durchschnittlichen Kapitalquote von über 20 Prozent sogar die höchsten Eigenmittelbestände auf.

Im Weiteren «empfiehlt» das Referendumskomitee den



Banken, «sich ... über Sichtverbindlichkeiten bei der SNB oder die Hinterlegung von qualitativ erstklassigen Wertschriften bei an deren Banken auf Liquiditätskrisen vorzubereiten.» Das sind Massnahmen, die im Rahmen des Risikomanagements von den Banken seit jeher ergriffen werden.

Und selbstverständlich sind alle diese Massnahmen wichtig und notwendig, in einer Krisensituation jedoch nicht hinreichend. Die globale Finanzkrise 2008/2009, die Beispiele in den USA im Frühjahr 2023, die Credit Suisse im letzten Jahr haben dies eindrücklich gezeigt. Die Banken waren damals und sind auch heute noch aufgrund der von ihnen angebotenen Dienstleistungen wie Zahlungsverkehr, Börsen-, Handels- und Devisengeschäfte sowie über Interbankanlagen weltweit eng und vielfältig miteinander verflochten. Geraten eine oder mehrere Banken in existentielle Schwierigkeiten, werden auch die Banken, die Geschäftsbeziehungen mit diesen unterhalten, mitgerissen, und in der Folge auch Banken, die wiederum Geschäftsbeziehungen mit diesen Banken hatten. Es wird also eine Kettenreaktion in Gang gesetzt, von der früher oder später auch die liechtensteinischen Banken betroffen sein können.

Tatsache ist, dass die Liquidität gerade bei einer Banken- oder Finanzkrise essenziell wäre, um die Finanzstabilität zu gewährleisten und damit den Wohlstand zu erhalten. Der IWF nimmt genau diese Funktion wahr und würde dafür sorgen, dass Liechtenstein in

einem Krisenfall diese Liquidität sofort abrufen und somit Schlimmeres verhindern könnte.

Entgegen dem Titel des Forumsbeitrags geht es also nicht darum, anstelle eines IWF-Beitritts die Bankenstabilität zu verbessern, sondern die bereits heute vorhandene Bankenstabilität durch einen IWF-Beitritt zusätzlich abzusichern.

Wir möchten deshalb dazu aufrufen, die Diskussion rund um den IWF-Beitritt nicht nur sachlich und faktenbasiert zu führen, sondern auch mit der entsprechenden Ernsthaftigkeit, gemessen an der Wichtigkeit des Themas. Emotionalisierte und fehlerhafte Argumentationen tragen nicht zu einer konstruktiven Debatte bei und gefährden die Stabilität, die wir alle gemeinsam sicherstellen wollen. *(Anzeige)*

**Liechtensteiner  
 Bankenverband**